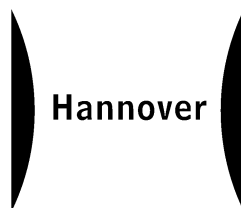


Landeshauptstadt



Informations-
drucksache



1. In den Organisations- und Personalausschuss
2. In den Verwaltungsausschuss

Nr. 1355/2014

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Konzept zur Intensivierung der direkten Kommunikation zwischen BürgerInnen und Verwaltung

Mit Beschluss im Verwaltungsausschuss am 16.02.2012 wurde die Verwaltung durch einen Haushaltsbegleitantrag beauftragt, ein Konzept zur Intensivierung der direkten elektronischen Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung zu erarbeiten.

Die geplante Weiterentwicklung der städtischen Services für Einwohnerinnen und Einwohner im Internet sind in der derzeitigen E-Government-Strategie (DS 1969/2009) beschrieben.

Eines der erklärten Ziele der E-Government-Strategie ist die Verbesserung des Einwohnerinnen- und Einwohnerservices und wird durch dort beschriebene Maßnahmen konkretisiert. Zu diesen Maßnahmen zählen u.a. der Formulardienst, die weitere Ausgestaltung der digitalen Signatur, die Selbstverbuchung und Kassenautomaten in der Stadtbibliothek sowie Anmelde- und Bezahldienste.

Aufgrund der geringen Verbreitung der für Teile dieser Maßnahmen erforderlichen qualifizierten elektronischen Signatur (qeS) hat der Bundesgesetzgeber u.a. mit der Ermöglichung eines elektronischen Identitätsnachweises (eID) im neuen Personalausweis sowie mit dem Erlass des De-Mail-Gesetzes und des E-Government-Gesetzes reagiert.

Damit werden neben der qualifizierten elektronischen Signatur (qeS) zwei weitere Verfahren als elektronische Ersetzung der Schriftform zugelassen (De-Mail als „absenderbestätigt“ sowie eID als sichere elektronische Identifizierung).

Darüber hinaus wurde mit den Möglichkeiten der Online-Stellungnahmen zu Bebauungsplänen, Bürgerpanels und Diskussionsforen beispielsweise zum Thema „City 2020“ der Ausbau der internetbasierten Beteiligungen eröffnet und wird im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes 2030 eine Erweiterung der digitalen Beteiligung auf Augenhöhe erweitern.

Mit dem Haushaltsbegleitantrag zur Drucksache 2040/2013 wurde die Verwaltung beauftragt, die Weiterentwicklung der E-Government-Strategie vorzunehmen. Im Rahmen dieser Weiterentwicklung der E-Government-Strategie wird die Verwaltung unter Berücksichtigung neuer kundenorientierter Angebote ein für die kommende Jahre ausgelegtes Gesamtkonzept erarbeiten.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Keine Auswirkungen

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

18.10

Hannover / 11.06.2014